

# UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-6012, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Manuskript: Gisela Rodenberg, Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

10/83

20. Juni

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck aller Beiträge nur nach Rücksprache mit der Redaktion. Der Gründungsausschuss für die Universität Oldenburg, das Konzil und der Senat der Universität Oldenburg haben einstimmig beschlossen, daß die Universität Oldenburg den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Die Universität bedauert, daß ihr die offizielle Führung dieses Namens bisher nicht gestattet ist.

## Entscheidung über Jura wieder verschoben - Informatik kommt

### Landesregierung setzt Kommission ein - Universität enttäuscht

Es bleibt dabei: Die Landesregierung schiebt weiter die Entscheidung über die Einrichtung eines Studiengangs Jura an der Universität Oldenburg vor sich her. Auf der letzten Sitzung des Kabinetts am 14. Juni wurde lediglich ein positiver Beschluß zur Einrichtung eines Fachbereichs Informatik gefaßt. Über die seit fünf Jahren fällige Entscheidung in Sachen Jura soll einmal mehr eine Kommission beraten, die untersuchen soll, ob die Einrichtung eines Studienganges für die Ausbildung eines Diplom-Kaufmannes mit rechtswissenschaftlichem Schwerpunkt sinnvoll ist.

Nicht nur in der Universität, sondern auch bei Vertretern der Region ist die neue Variante der Landesregierung auf Unverständnis gestoßen. In einer Erklärung stellten die Oldenburger Landtagsabgeordneten Josef Dierkes, Hans-Jörg Schramm, Erich Küpfer und Professor Dr. Hans-Ludwig Freytag fest, ein rechtswissenschaftlicher Studiengang für die Ausbildung zum Volljuristen sei unabdingbar. Präsident Dr. Horst Zilleßen meinte, die Universität könne sich keinesfalls mit diesem Studiengang zum Halbjuristen zufrieden geben. Nur wenn ein vollwertiger Jura-Fachbereich an der Hochschule existiere, könne man darüber nachdenken, ob daneben ein Studiengang Diplom-Kaufmann mit rechtswissenschaftlichem Schwerpunkt eingerichtet werde, der eine sinnvolle Ergänzung des Fächerspektrums der Universität bedeuten könne. Nachdrücklich wies Zilleßen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Universität mit der Zuweisung von Informatik erst die erste, aber im Vergleich zu Jura sehr kleine Hürde genommen habe.

Der Studiengang Informatik soll mit 28 Stellen und 360 Studienplätzen ausgestattet werden. Die Expertenkommission, die die Perspektiven und möglichen Anforderungsprofile des Studienganges für den Diplom-Kaufmann ausloten soll, wird voraussichtlich im August tagen. Auf die Frage der Nordwest-Zeitung, ob denn der Diplomstudiengang als Al-

ternative zu einer Volljuristenausbildung gedacht sei, antwortete Wissenschaftsminister Dr. Johann-Tönjes Cassens: „Falls das Gutachten über einen Diplomstudiengang negativ ausfällt, wird es eine neue Planung geben müssen. Sie wird einen vollen juristischen Studiengang einzubeziehen haben.“

\* Keine Frage ist, daß die Nachrichten aus Hannover enttäuschend sind. Allerdings kommen sie auch nicht völlig überraschend. Zu stark ist in manchen Universitäten des Landes und auch wohl in Teilen der Regierung der Widerstand gegen einen weiteren Studiengang Jura in Oldenburg. Denn sollte er kommen, bräuchte die Universität mit sehr vielen anderen Universitäten im Hinblick auf ihr Fächerspektrum und ihre quantitative Größe keinen Vergleich mehr zu scheuen. Das aber ist offensichtlich ein Gedanke, mit dem sich einige nicht anfreunden können und deshalb auch nicht davor zurückschrecken, gezielt über die Frankfurter Allgemeine Zeitung, überhaupt die Existenz der Universität Oldenburg in Frage zu stellen. Innerhalb weniger Wochen veröffentlichte die überregionale Zeitung zwei Artikel, in denen mehr oder weniger unverblümt die Schließung der Universität gefordert wurde. In dasselbe Horn blies der regierungsnahen Rundblick in einem Kommentar, als er schrieb: „Wäre beispielsweise heute noch keine Universität Oldenburg gegründet -

es würde sich niemand Nennenswertes finden, der sie noch gründen wollte. Es gehört zur Politik, daß sie mit solchen Wahrheiten leben können muß, und es gehört sogar zu ihr, fähig zu sein, Fehlinvestitionen auch dann als solche zu betrachten, wenn sie sie als solche vorgeworfen bekommt. Die ersten Verluste sind meistens die geringsten.“

Die Kampagne ist deshalb besonders ernst zu nehmen, weil die, die darüber schreiben, wissen, daß die Universität alles andere als eine Investitionsruine ist. Für den Staat ist sie gar ein „gutes Geschäft“. An der Universität Oldenburg werden die Studenten mit dem geringsten Aufwand an Personal ausgebildet, wie der Wissenschaftsminister kürzlich feststellte, und auch die flächenbezogenen Studienplätze stehen in keinem Verhältnis zu der bereits vorhandenen Studentenzahl. Schon jetzt - noch vor Fertigstellung des Standortes Wechloy - ist die geplante Zahl an flächenbezogenen Studienplätzen (5.800) mit 7.800 Studenten und Studentinnen weit überschritten. Auf der anderen Seite steht trotz der nicht gerade besten Bedingungen für die Forschung ein Drittmittelaufkommen, das keinen Vergleich zum Beispiel mit der Universität Göttingen zu scheuen brauchte. In der letzten Woche reagierte Präsident Dr. Horst Zilleßen dann auch auf die diffamierenden Darstellungen in der Öffentlichkeit und wies nicht nur auf die Notwendigkeit der Einrichtung neuer Studiengänge hin, um Studenten bessere Berufschancen zu ermöglichen, sondern auch die Mär zurück, daß die Universität Oldenburg zu Lasten anderer gemästet werden sollte. Dazu müsse sie sich einer Abmagerungskur unterziehen, so Zilleßen, bevor sie die für sie notwendige Nahrung bekomme. So müsse die Universität Oldenburg 13 Prozent ihrer Stellen in den nächsten Jahren abgeben, während die Universität Göttingen dagegen nur mit 10,1 Prozent belastet werde. Prinzipiell sei dies von einer großen Hochschule leichter zu verkraften als von einer Neugründung. gh

## Erhöhung um 60 Prozent

Nach Mitteilung des Studentenwerkes ist die Landesregierung bei ihrem Beschluß geblieben, die Beiträge für das Studentenwerk zum Wintersemester um etwa 60 Prozent zu erhöhen. Für die Oldenburger Studenten bedeutet dies eine Anhebung von 20 auf 31,50 Mark.

## Aktionstage

Mit Veranstaltungen in der Universität und Informationsständen in der Innenstadt gestaltete der ASTA der Universität die vom VDS ausgerufenen Aktionstage vom 6. bis 10. Juni gegen die BAFöG-Umstellung und gegen befürchtete Erhebung von Studiengebühren. Besonders stark beteiligten sich nach Auskunft des ASTA Frauen an den Aktionstagen, weil sie - angesichts ihrer gesellschaftlichen Rolle - am stärksten von der Umstellung des BAFöG betroffen seien.



## Vielfalt wie noch nie

Ein in der Vielfalt noch nie dagewesenes Programm präsentierte der Hochschulsport gemeinsam mit Projekten aus verschiedenen Fachbereichen beim diesjährigen Sport- und Kulturfest in der Universität. Mehr als 3.000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene vergnügten sich bei strahlendem Sonnenschein nicht nur als Zuschauer der zahlreichen Vorführungen u.a. von Pantomimen, Akrobaten, Tanzgruppen und des Zirkus', sondern machten auch fleißig mit wie Aniki beim Stelzenlaufen. Foto: Kleinhalz

## Auf halbem Wege halt?

### Keine Stellen für Absolventen des Studiengangs Ausländerpädagogik

Zum Ende des Sommersemesters verlassen die ersten Absolventen des Ergänzungsstudiengangs „Lehrer für den Unterricht mit Schülern nicht-deutscher Muttersprache“ die Universität Oldenburg. Wie es nach der bestandenen Abschlußprüfung weitergeht, weiß momentan noch keine der zwölf Grund- und Hauptschullehrerinnen, die das zeit- und arbeitsintensive Aufbaustudium bis zum Ende durchgehalten haben und nun die Erweiterungsprüfung zum staatlichen Lehrerexamen ablegen. Einige haben sich in Hessen beworben, wo in verschiedenen Regierungsbezirken zeitlich befristete Stellen für Lehrer mit Zusatzqualifikation für den Unterricht mit ausländischen Schülern eingerichtet wurden. Die Konkurrenz wird freilich sehr groß sein; zudem kann vermutet werden, daß arbeitslose Lehrer aus Hessen den Vorzug vor Bewerberinnen und Bewerbern aus anderen Bundesländern erhalten. Das Land Niedersachsen hat zwar die Einrichtung des Studiengangs an der Universität Oldenburg angeregt und seine Entwicklung und Erprobung im Rahmen der Bund-Länder-Finanzierung unterstützt, doch nun, wo es nach anderen Bundesländern auch in Niedersachsen erstmals Lehrerinnen mit einer speziellen Zusatzqualifikation für den Unterricht mit ausländischen Schülern gibt, fehlen die entsprechenden Stellen. Macht man also auf halbem Wege halt? Ist die Einrich-

tung des Studiengangs nur ein halber Schritt gewesen, um sich nicht dem Verdacht auszusetzen, man ignoriere die Probleme der ausländischen Schüler und ihrer Lehrer in Niedersachsen?

Es bleibt in der Tat unverständlich, daß die Landesregierung nichts unternimmt, damit sich der Fortsetzung auf Seite 2

## Lehramt Unzulässige Kombinationen

Der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst hat in einem Erlaß darauf hingewiesen, daß eine Zulassung zur Prüfung in Lehramtsstudiengängen durch das wissenschaftliche Landesprüfungsamt nicht erfolgen kann, wenn unzulässige Fächerkombinationen von den Studenten gewählt wurden. Dieses gilt auch in den Fällen, in denen eine Immatrikulation in prüfungsrechtlich unzulässigen Fächern erfolgt ist. Das Immatrikulationsamt empfiehlt daher allen Lehramtsstudenten, eine Überprüfung ihrer Fächerkombination vorzunehmen und sich in Zweifelsfällen umgehend mit dem Immatrikulationsamt in Verbindung zu setzen.

## Personalrat:

## „Höhere Preise überhaupt nicht zu akzeptieren!“

### Mensa-Essen für Bedienstete in der Diskussion

Zum 1. Januar 1984 droht nach einer Mitteilung des Studentenwerkes auf Grund der Kritik des Landesrechnungshofes das Essen für die Bediensteten der Universität in der Mensa um jeweils drei Mark teurer zu werden. Gegen diese Pläne, die mit dem Hinweis auf eine notwendige Kostendeckung erfolgen, wehrt sich der Personalrat. Gudrun Buchholz, Personalratsvorsitzende der Universität: „Derartig schwerwiegende Essenspreiserhöhungen sind für uns überhaupt nicht zu akzeptieren!“ Die Preise für die Mensa-Essen berechnen sich für die Studenten durch 100 Prozent der Kosten für den Wareneinsatz und durch zehn Prozent der Herstellungskosten - die übrigen 90 Prozent werden vom Land als Zuschuß gezahlt.

Die Bediensteten müßten nach den Bestimmungen dagegen auch für die gesamten Herstellungskosten ihres Essens aufkommen. Sie erhalten nach den - inzwischen ebenfalls bedrohten - Kantinenrichtlinien einen festen Zuschuß von einer Mark pro Essen, so daß sie jetzt für das Essen A 2,20 DM und für das Essen B 2,90 DM entrichten müssen.

Eine Erhöhung dieser Preise um drei Mark hätte erhebliche Auswirkungen. So befürchtet das Studentenwerk Oldenburg als Betreiber der Mensa, daß viele Bedienstete ihre Mittagsmahlzeit dort nicht mehr einnehmen könnten. Eine Verringerung der ausgegebenen Essen würde wiederum zu einer Verteuerung der Herstellungskosten - für Bedienstete und Studenten - führen.

Haushalt:

# Schlechtere Ausstattung für Forschung und Lehre trotz Steigerung des Volumens

Trotz einer Ausweitung des Haushaltsvolumens von ca. 63 Mio auf ca. 66,2 Mio DM verschlechtert sich nach dem Kassenanschlag die Ausstattung des Forschungs-, Lehr- und Studienbetriebes sowie der Dienstleistungseinrichtungen der Universität im Haushaltsjahr 1983 erheblich. Mit rund zwei Mio DM gehen zwei Drittel des Zuwachses bei den Ausgaben

ansätzen auf höher veranschlagte Drittmittel zurück. Der Landeszuschuß zum Haushalt der Universität Oldenburg steigt lediglich um rund 1,1 Mio DM.

Eine Analyse der wichtigsten Ausgabeblöcke ergibt, daß im Sachhaushalt der Verwaltung nur die Ansätze für die Bewirtschaftung der Grundstücke, Gas-, Strom- und Reini-

gungskosten wegen der Inbetriebnahme der Neubauten um ca. 1,9 Mio DM erheblich erhöht worden sind. Bei den übrigen Sachausgaben vermindert sich der Ansatz um fast 40.000 DM, also um 2,5 Prozent. Noch ungünstiger stellt sich die Entwicklung der Ansätze für Forschung und Lehre im Rahmen der Titelgruppe 71 dar. Zwar ist der Ansatz um 6.300 DM, also um 0,2 Prozent erhöht. Gleichzeitig wurde die Universität jedoch angewiesen, aus diesen Mitteln künftig 500.000 DM zur Beschaffung von Zeitschriften zu finanzieren, die in den Vorjahren noch aus Sondermitteln für den Aufbau eines Büchergrundbestandes gedeckt wurden. Bei einem Studentenzuwachs von fast 15 Prozent verringern sich damit die real verfügbaren Mittel um nahezu 20 Prozent, wenn man die den Fachbereichen zur Verfügung stehenden Mittel zugrunde legt, sogar um 25 Prozent.

Begrenzte und für sich gesehen erfreuliche Erhöhungen sieht der Haushalt für das Jahr 1983 bei den Mitteln für wissenschaftliche Hilfskräfte um 100.000 DM (7 %) und bei den Mitteln für Lehraufträge und Gastvorträge um 40.000 DM (13 %) vor. Auch die Titelgruppe des Fernstudienzentrums weist einen Zuwachs um DM 30.000 auf, der einer entsprechenden Erweiterung des Beratungs- und Betreuungsangebotes entspricht.

Verschärft wird die ungünstige Haushaltsituation durch eine Sperre von insgesamt DM 305.000, die den verfügbaren Betrag bei den Sachausgaben um 2,3 Prozent mindert. Berücksichtigt man, daß die Mittel für Forschung und Lehre (Titelgruppe 71) keinesfalls in eine weitere Kürzung einbezogen werden können und daß

Fortsetzung auf Seite 4

Zum 200. Geburtstag J.H. v. Thürens:

## Kolloquium zur Raumstruktur-Theorie

Am Freitag, 24. Juni, 9.00 Uhr, beginnt im Vortragssaal der Bibliothek im Zentralbereich am Uhlhornsweg das Kolloquium „Entwicklung der Raumstruktur-Theorie“, zu dem die Raumplaner der Universität aus Anlaß des 200. Geburtstages von Johann Heinrich von Thünen einladen

### Programm

- 9.00 Uhr: Begrüßung
- 9.30 Uhr: Professor Dr. K. Brake (Universität Oldenburg) „Über das Verhältnis v. Thürens zur Raumstruktur-Theorie aus heutiger Sicht“
- 10.00 Uhr: Professor Dr. E. v. Böventer (Universität München) „Die Herausbildung von Theo-

rien über Standort-Strukturen seit v. Thünen“

- 11.30 Uhr: Professor Dr. D. Läßle (Universität Leiden) „Gesellschaft, Raum und Staat - zum Raumproblem in den Gesellschaftswissenschaften“
- 14.00 Uhr: Dr. F.J. Bade (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin) „Überlegungen zur Weiterentwicklung der Erklärungsansätze räumlicher Entwicklung“
- 15.00 Uhr: Dr. K. Köster (Universität Oldenburg) „Einige Aspekte der Bedeutung v. Thürens für die modernen Wirtschaftswissenschaften“
- 16.00 Uhr: Resümee zur Wissenschaftsentwicklung - oder: J.H. v. Thünen in seiner Zeit.

## Gericht verhängte gegen AStA Ordnungsstrafen

Ordnungsstrafen von je 1.000 Mark hat das Verwaltungsgericht Oldenburg in zwei Fällen gegen den AStA der Universität Oldenburg wegen Wahrnehmung des allgemeinpolitischen Mandats verhängt. Das Gericht zog damit die Konsequenz aus einem Urteil im vergangenen Jahr, als es dem AStA auf Antrag eines Studenten, der sich als Vertreter des weit rechts orientierten Ringes Freitlicher Studenten ausgab, untersagte, allgemein politische Stellungnahmen abzugeben. Gegen die Ordnungsstrafen will der AStA Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg einlegen.

Anlaß für die Klagen des Studenten waren zwei Flugblätter des AStA, in denen dieser Protest gegen das Verbot zweier exil türkischer Organisationen formulierte und gegen den Nato-Doppelbeschluss und zur USA-Politik gegenüber Nicaragua Stellung bezog. Das Gericht ist der Ansicht, daß damit die Studentenvertreter ihre Aufgabenkompetenz überschritten hätten, da das Niedersächsische Hochschulgesetz eine Wahrnehmung des allgemein poli-

tischen Mandats ausdrücklich nicht vorsehe.

AStA-Sprecher Dieter Bonitz meinte zu den neuen Urteilen, das Verbot der Wahrnehmung des politischen Mandats bedeute nichts anderes als eine Einschränkung der Meinungsfreiheit der Studentenschaft. Als vor 20 Jahren die Politiker von Studenten mit großen Erklärungen etwa zum 17. Juni unterstützt worden seien, wäre kein Mensch auf die Idee gekommen, den Studentenvertretern allgemein politische Stellungnahmen zu untersagen. Erst als die kritischen Studenten die Mehrheit bekommen hätten und den Politikern nicht mehr nachgelassen seien, wäre der Begriff vom hochschulpolitischen Mandat geprägt und in den letzten Jahren auch gesetzlich durchgedrückt worden.

Am 24. Juni wollen sich die niedersächsischen AStA-Vertreter zu einem Seminar treffen, um über die Frage des allgemeinpolitischen Mandats zu beraten und, wie der AStA bekanntgab, um „neue juristische und politische Strategien zu entwickeln“.

## Ausländerpädagogik-Absolventen ohne Stellen

Fortsetzung von Seite 1

Aufwand an Zeit, Arbeit und Geld, der in die Ausbildung investiert wurde, in der Schulpraxis nutzbringend auswirken kann. Lehrer für den Unterricht mit ausländischen Schülern sozusagen „auf Halde“ ausbilden zu lassen, während gleichzeitig der Problemdruck in den Schulen erwie-  
 ernermaßen immer stärker wird, ist in bildungspolitischer und sozialer Hinsicht unverantwortlich. Die Weser-Ems-Region weist zwar eine relativ geringe Dichte der ausländischen Wohnbevölkerung auf, jedoch ist gerade in einem solchen „Straugebiet“ die Gefahr sehr groß, daß ausländische Schüler nicht angemessen gefördert werden, weil sie quantitativ halt nicht so ins Gewicht fallen. Lehrer und Schulleitungen stehen den Sprach- und Lernproblemen auslän-

discher Schüler häufig hilflos gegenüber und wären froh, wenn sie entsprechend qualifizierte Kolleginnen und Kollegen hätten, die über die nötigen herkunftssprachlichen Kenntnisse und didaktischen Kompetenzen für den Sprach- und Sachunterricht mit ausländischen Schülern verfügen.

Was haben die Studienabsolvent(innen) nun in den vier Semestern gelernt, außer, daß ihre Hoffnungen auf rasche praktische Veränderungen sich als Illusion erwiesen? Sie haben vor allem intensiven Einblick in die sozialen und kulturellen Hintergründe gewonnen, die das Verhalten ausländischer Schüler und Eltern bestimmen, und sind in der Lage, in der wichtigsten Herkunftssprache, dem Türkischen, mit Schü-

lern und Eltern zu reden, unterrichtliche Sachverhalte zu erläutern und zu beraten. Sie haben weiterhin im pädagogisch-sozialen Bereich Kompetenzen erworben, die eine konkrete Hilfe zur Integration und zur Verringerung sozialen Konflikts sein können. Nicht zuletzt hat das Studium ihnen Anregungen und Konzepte zur Sprachförderung unter Berücksichtigung der Lebensbedingungen ausländischer Schüler in der Bundesrepublik vermittelt.

Diese Qualifikationen würden ganz gewiß an vielen niedersächsischen Schulen mit einem größeren Anteil ausländischer Schüler dringend benötigt. Es bleibt zu hoffen, daß sich diese Einsicht auch bei den Schulbehörden und der Landesregierung bald durchsetzt.

## Lokale Demokratie in der Praxis

Unter dem Titel „Lokale Demokratie in der Praxis“ (Kommunale Mandatsträger) bearbeiten Wissenschaftler der Universität Oldenburg unter Leitung von Professor Dr. Karl-Heinz Naßmacher (FB 3) in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Urbanistik, Berlin, und The Planning Exchange, Glasgow, eine vergleichende Studie zur Rolle der Ratsmitglieder und ihren Arbeitsbedingungen in Deutschland und Schottland. Die Studie wird von der Anglo-German Foundation For The Study of Industrial Society, einer deutsch-britischen Gemeinschafts-einrichtung, für die Dauer von 18

Monaten finanziell gefördert. Bei der Diskussion des Wandels von Aufgaben im kommunalen Bereich wurde sowohl in Schottland als auch in der Bundesrepublik Deutschland die Tätigkeit ehrenamtlicher Kommunalpolitiker nur unzureichend berücksichtigt. Die Wahrnehmung eines Mandates im Gemeinderat ist mindestens mit einer Halbtags-tätigkeit zu vergleichen. Die Mandatsträger erwerben ihre Qualifikation dafür nach wie vor durch Ausübung der Mandate. Zwar gibt es in Deutschland eine Fülle von Weiterbildungsangeboten; allerdings erscheinen die einschrän-

kenden Bedingungen für die Nutzung solcher Angebote zum Teil unüberwindbar. Anknüpfend an verschiedene empirische Studien zur Rolle der Gemeinderatsmitglieder oder Ratsherren wird es im Oldenburger Forschungsschwerpunkt insbesondere darum gehen, den Weiterbildungsbedarf dieser Personengruppe zu ermitteln und Vorschläge für eine Verbesserung bestehender Weiterbildungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Ausgangspunkt ist die Erhebung der Probleme, die kommunale Mandatsträger selbst bei der Erfüllung ihrer politischen Aufgaben festgestellt haben.

## Wandel des Wohnverhaltens

Neues (DFG) Forschungsprojekt der Arbeitsgruppe Stadtforschung

Der Frage, wie und aufgrund welcher Faktoren sich Wohnbedürfnisse und Wohnverhalten verändern, geht ein Forschungsprojekt nach, das jetzt von der Deutschen Forschungsgemeinschaft bewilligt worden ist. Das Projekt verknüpft am Beispiel des Wohnens Grundlagenforschung mit empirischen Untersuchungen. Zum einen geht es um grundsätzliche Fragen der Bedürfnistheorie, insbesondere die Frage, welche Faktoren den Wandel von Bedürfnisstrukturen bestimmen. Zum anderen wird untersucht, in welchen räumlichen, sozialen und funktionalen Dimensionen und bei welchen sozialen Gruppen sich gegenwärtig neue, qualitativ andere Formen des Wohnverhaltens abzeichnen. Werden sich z.B. die mit Schlagworten wie Funktionsverlust der Familie, Ausweitung der administrativ resp. marktformig organisierten Reproduktion nur oberflächlich bezeichneten Entwicklungen in Richtung auf eine zunehmende Vergesellschaftung der Reproduktion fortsetzen? Oder lassen sich Faktoren benennen, die einen Bruch, wenn nicht gar die Umkehr dieser Trends zur Folge haben können?

Die Fragestellung nach dem Wandel des Wohnverhaltens ist durch ökonomische (Mietpreisteigerungen) und ökologische (Flächenverbrauch) Zwänge aktuell geworden. Unter dieser Perspektive ist der Wandel des Wohnverhaltens auch Gegenstand zahlreicher anwendungsbezogener Auftragsforschungen. Diese Aktualisierung verkürzt aber das Problem in doppelter Weise: Einmal wird das Einfamilienhaus für die Zwei-Generationen-Familie als auch in Zukunft allgemein verbindliche Wohnform unterstellt. Zum zweiten wird Wandel des Wohnverhaltens im wesentlichen als Einschränkung, als Verzichtleistung innerhalb dieses Wohnmusters konzipiert. Das Forschungsvorhaben geht dagegen davon aus, daß dieses Wohnmuster selbst in Frage steht. Als mögliche Dimensionen des Wandels lassen sich u.a. vermuten:

- Private versus öffentliche Organisation von Wohnfunktionen. Damit kann teilweise eine räumliche Auslagerung von Funktionen in halböffentliche Räume verbunden sein, aber auch eine Rückverlagerung von (z.B. Arbeits-)Funktionen in die Wohnung (Wohnung als Ort von Arbeit).
- Differenzierung der Haushaltsformen: Ein- und Zwei-Personen-Haushalte einerseits, Wohngemeinschaften andererseits, bisher allerdings insbesondere getragen durch Ausdifferenzierungen im Lebenszyklus (Beispiel: Verlängerung der sog. Postadoleszenzphase).
- Beteiligung bei Planung, Produktion und Verwaltung der Wohnbedingungen (Wohnung als Gegenstand von Arbeit).

Das Untersuchungskonzept stellt aus Gültigkeitserwägungen qualitative Fallstudien in den Mittelpunkt. Die Schwerpunkte der empirischen Arbeit liegen dementsprechend auf Nachuntersuchungen experimenteller Wohnprojekte, teilnehmende Beobachtung bei laufenden Wohnexperimenten, qualitative Interviews, Auswertung vorliegender Untersuchungen und historischer Materials. Das Projekt wird von der Arbeitsgruppe Stadtforschung, die Professor Dr. Walter Siebel leitet, durchgeführt. Die Arbeitsgruppe hat zu diesem Thema bereits eine kleinere Studie abgeschlossen, die aus Lottomitte-len des Landes Niedersachsen und Zuschüssen der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft und der Öffentlichen Bausparkasse finanziert wurden. Theoretische Vorarbeiten werden auch von Dipl.-Soz. H. Voegen in seinem von der Studienstiftung des Deutschen Volkes geförderten Disser-tationsprojekt geleistet. Schließlich bestehen Querverbindungen zu einem anderen, noch laufenden Projekt der Arbeitsgruppe über die Rolle der Eigenarbeit bei privaten Haushalten.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat für das Projekt Mittel für zwei BAT Ila-Stellen und eine wissenschaftliche Hilfskraft für eine Laufzeit von zwei Jahren bewilligt.

## Stipendien für Anglisten

Stipendien sind für Anglisten im 2. und 3. Semester für Großbritannien und Irland zu vergeben. Die Laufzeit geht von Oktober 1984 bis März 1985, die monatliche Stipendienrate beträgt 966 DM oder 1.062 DM. Die Bewerbungsfrist endet am 1.12.1983. Auskünfte und Bewerbungsformulare: Akademisches Auslandsamt der Universität Oldenburg.



Jetzt am UNI-KIOSK

Sehr preiswerte Filme

z.B. AGFACOLOR Kb 12er 2.99  
AGFA CT 18 Kb 36er 9.75

Auch Annahme von schnellen Farbbild-Aufträgen

Als Preis- und Qualitätsgarant ist WÖLTJE, Oldenburg, sehr bekannt!

WÖLTJE hat Tiefpreise mit Tiefpreis-Garantie.

# Studenten schätzen Betriebspraktika hoch ein

## Befragung in den Studiengängen Ökonomie und Sozialwissenschaften durch das Projekt 45

90 Prozent der Ökonomiestudenten und 96 Prozent der Studenten der Sozialwissenschaften halten die Teilnahme an einem Praktikum während ihres Studiums für sehr wichtig bzw. für wichtig. Aber nur 16 Prozent haben ein Praktikum auf Eigeninitiative hin absolviert. Das ergab eine Repräsentativbefragung des Projektes 45 „Berufsperspektiven von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern“ bei 16 Prozent der Studierenden beider Studiengänge im Hauptstudium. Bisher sind Praktika nicht verpflichtend und den Studierenden selbst überlassen. Inzwischen hat allerdings die Universität in Zusammenarbeit mit verschiedenen Verwaltungen und Wirtschaftsbetrieben einiges dafür getan, um mehr Studenten ein Praktikum zu ermöglichen. Praxisorientierung ist nicht nur eine immer wiederholte Forderung von Wirtschaft und Verwaltung, sondern ein ebenso traditionsreicher Bestandteil gesellschaftskritischer Hochschulreform. Die Diskussion um Inhalte, Formen und Intensität des Praxisbezugs steht deshalb seit Anbeginn im Spannungsfeld einer Ausrichtung des Studiums auf sozio-technisch verwertbare Einzelereignisse oder auf eine praxisorientierte kritische Gesellschaftstheorie. In den Ordnungen der beiden Studiengänge an der Universität Oldenburg sind vor allem indirekte Formen des Praxisbezugs und Erkundungen vorgesehen. Wie gesagt, sind Praktika bisher der Eigeninitiative der Studenten überlassen.

Angesichts dieser Situation hat sich das Projekt nach theoretischen Überlegungen zum Theorie-Praxis-Verhältnis in Wissenschaft und Studium nun mit sekundär analytischen Untersuchungen zu Arbeitsmarkt- und Berufssituationen von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern mit konkreten Fragen des Interesses, den Erwartungen und Befürchtungen Oldenburger Studenten hinsichtlich studienbegleitender Praktika beschäftigt. Die Repräsentativfrage wurde ergänzt durch eine Reihe von Gesprächen mit Personalleitern in Wirtschaft und Verwaltung und „probeweise“ durchgeführte Praktika ergänzen diese Bedarfsanalyse um Angebots- und Organisationsaspekte.

Nach Meinung der Betroffenen sollten die Praktika im wesentlichen zwei Schwerpunkte umfassen: Zum einen eine kürzere, informationsorientierte Phase, zum anderen eine etwas längere, aufgabenorientierte Phase. In der ersten Phase sollte der Praktikant hauptsächlich Informationen über Tätigkeits- und Aufgabenbereiche sammeln und sich mit seiner Umgebung vertraut machen. Nach Meinung der Befragten wäre es wünschenswert, wenn sie dabei die folgenden Organisationsformen und Rahmenbedingungen kennenlernen könnten:

- die Aufbauorganisation von Betrieben und Verwaltungen.
- die Ablauforganisation von administrativen, planerischen und produktiven Aufgaben.

- die rechtlichen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen administrativen und unternehmerischen Handelns.

- die Arbeitsatmosphäre, die Arbeitsformen und notwendigen Berufsqualifikationen am Arbeitsplatz.

Die aufgabenorientierte Phase sollte nach Abschluß oder auch schon während der informationsorientierten Phase beginnen. Sie sollte dem Praktikanten die Bearbeitung wirtschaftswissenschaftlicher bzw. sozialwissenschaftlicher Aufgaben und Problemstellungen ermöglichen - z.B. durch Mitarbeit bei konkreten Arbeitsaufgaben unter Anwendung statistischer/empirischer, rechtlicher, ökonomischer und sozialwissenschaftlicher Grundkenntnisse. Ein derartiges Praktikum sollte mindestens acht bis zehn Wochen dauern und nach dem Vordiplom in den Semesterferien stattfinden. Von einem Praktikum versprechen sich die Betroffenen im einzelnen (Angaben in Prozent; Mehrfachnennungen waren möglich):

- die konkrete Erfahrung beruflicher Alltagsrealität, typischer administrativer und betrieblicher Arbeitsabläufe und das Kennenlernen der Institutionen (51).

- Einblicke in die Anforderungen der Praxis zur Überprüfung des bisher im Studium erworbenen Qualifikationsspektrums (32) und zur Berücksichtigung der Praxiserfahrung bei der weiteren Planung des Studiums (49).

- das Erleben des Spannungsverhältnisses zwischen wissenschaftlich-methodischem und praktisch-organisatorischem Handeln durch Anwendung von methodischen und theoretischen Kenntnissen (36) und durch Prüfen der Praxisrelevanz wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Theorieansätze (17) einerseits und zwischen der Rolle des Praktikanten als Studierenden und seiner zukünftigen Rolle als Mitarbeiter in Wirtschaft oder Verwaltung andererseits (23).

- die Berücksichtigung der Praktikumserfahrungen bei der Entscheidung über zukünftige Berufsfelder (19).

- Erschließung des regionalen Arbeitsmarktes für die aus der Region stammenden Studierenden (19) und

- Anknüpfen von Beziehungen für den Berufseinstieg (36).

Als Arbeitsbereich kommen für 72 Prozent der Wirtschaftswissenschaftler und 16 Prozent der Sozialwissenschaftler die Wirtschaft und für 24 Prozent der Wirtschaftswissenschaftler und 40 Prozent der Sozialwissenschaftler die öffentliche Verwaltung in Frage.

## 50 Prozent müssen in den Ferien arbeiten

Die Befragung hat auch ergeben, daß die Hälfte der Studenten zur Finanzierung ihres Studiums auf Ferienarbeit angewiesen ist. Lediglich ein Drittel der Studenten kann ohne finanzielle Probleme ein unentgeltliches Praktikum ableisten. Dem steht gegenüber, daß in der Verwaltung generell keine Möglichkeit gesehen wird, eine Praktikantentätigkeit zu entlohnen, und die Wirtschaft nur bei längerer Praktika mit konkreten Leistungen der Praktikanten eine finanzielle Gegenleistung in Aussicht stellt.

Sollten derartige studienbegleitende Praktika in größerem Umfang angeboten und wahrgenommen werden, bestehen bei den Befragten starke Bedenken, daß das Studium durch die Aufnahme des Praktikums in die Prüfungsordnung weiter reglementiert wird (55 Prozent), daß die Träger der Praktikantenstellen auf die Studieninhalte Einfluß nehmen könnten (35 Prozent) und daß das Studium durch zusätzliche Arbeitsbelastung intensiviert werden könnte (29 Prozent). Die Reduktion des Gewichts einer gesellschaftstheoretisch fundierten Wissenschaft zugunsten einer unreflektierten Praxisorientierung veranlassen zwar nur 16 Prozent der Antwortenden zu starken, doch immerhin 51 Prozent zu geringeren Bedenken.

## Integrationsfähigkeit der Praktikanten

Neben dieser Befragung wurden in den vergangenen Wintersemesterferien in verschiedenen öffentlichen Einrichtungen und privaten Betrieben acht vierwöchige Praktika aufgenommen. Es wurde durchgängig festgestellt, daß zumindest in den ersten Wochen die Sammlung von Informationen über die Institution, die gesetzlichen Rahmenbedingungen, in denen sie sich bewegt, und die theoretische Auseinandersetzung mit dem Arbeitsgebiet im Vordergrund stand.

Die Einarbeitung in ein Tätigkeitsfeld und damit auch die Konfrontation mit der Berufsrolle konnte nicht in allen Fällen eingelöst werden.

Angesichts der erst kurz vor Beginn der Praktika aufgenommenen Kontakte zu möglichen Stellenträgern und der geringen Auswahl von Praktikantenplätzen war es nur in einigen Fällen möglich, die Interessen der Praktikanten und der Träger von Praktikantenstellen hinsichtlich des Tätigkeitsbereichs und der Qualifikation in Übereinstimmung zu bringen. Trotz dieses Umstandes wurden die angebotenen Stellen besetzt und die Praktika zur Zufriedenheit der Praktikanten und der Träger der

Stellen absolviert. Insgesamt ist anzumerken, daß die Praktika positiv aufgenommen wurden. Verbesserungsvorschläge für deren Ausgestaltung wurden von den Teilnehmern dahingehend diskutiert, daß eine vorherige Klärung der Interessen und eine vor Praktikumsbeginn liegende Einarbeitung in das Tätigkeitsfeld ermöglicht werden sollte.

Von Seiten der Träger dieser Praktikantenstellen wurde in einem Auswertungsgespräch an der Universität die große Motivation und das Interesse der Praktikanten an den betrieblichen bzw. verwaltungsinternen Arbeitsabläufen herausgestellt. Anerkannt wurden ebenso die Integrationsfähigkeit der Praktikanten wie deren Einhaltung der Arbeitszeitsprachen und des erwarteten Verhaltens am Arbeitsplatz.

Das vom Projekt festgestellte Interesse der Studierenden an Praktikantenstellen kann u.E. angesichts der bisher geringen konkreten Erfahrungen mit der Durchführung von Praktika und einer weitgehenden Unkenntnis des regionalen Potentials an Stellen in Wirtschaft und Verwaltung nur langfristig befriedigt werden, wobei die Teilnahme auf jeden Fall freiwillig sein muß. Dazu bedarf es einer Kontinuität sowohl hinsichtlich der Qualifizierung der Praktikanten wie im Sondern der betrieblichen und administrativen Möglichkeiten und einer schrittweisen, erfahrungsgestützten Verbesserung der Organisation und Durchführung von Praktika.

## Kontaktstellen für Praktikanten

In diesem Zusammenhang kommt den an der Universität Oldenburg eingerichteten Kontaktstellen (D. Loeber für die Sozialwissenschaftler, K. Köster für die Wirtschaftswissenschaftler) eine besondere Bedeutung bei der Klärung von anfangs möglicherweise häufiger auftretenden organisatorischen Schwierigkeiten, enttäuschten Erwartungen bei den Trägern der Praktikantenstellen oder bei den Praktikanten und bei persönlichen Konflikten im Praktikantenverhältnis zu. Obwohl die bisher durchgeführten Praktika keinen Anlaß für derartige Befürchtungen geben, sind Konflikte im Einzelfall nicht auszuschließen.

Einso wichtig wie die vorbereitenden Aktivitäten der Kontaktstellen sind die Betreuungs- und Nachbereitungsformen. Es wird vor allem zu den Aufgaben des Lehrkörpers und der betroffenen Praktikanten gehören, diese aus den konkreten Erfahrungen zu entwickeln und dabei sicherzustellen, daß die Erwartungen der Studierenden an die Praktika nicht enttäuscht werden und sich deren Befürchtungen nicht erfüllen. Interessenten an einer differenzierten Darstellung der Problematik berufsbezogener Praktika und den Projektergebnissen werden auf den demnächst erscheinenden Projektabschlussbericht verwiesen. Interessenten an einem Praktikum mögen sich an D. Loeber und K. Köster wenden.

H.P. Litz, G. Lotze

## Schulfernsehreihe für den WDR

Professor Dr. Hans Kaminski, Fachbereich 4 „Wirtschaftswissenschaften“, produzierte zusammen mit Professor Dr. F.J. Kaiser, Universität Paderborn, für den WDR eine neue vierteilige Schulfernsehreihe mit dem Titel „Arbeitnehmer und Betrieb“. Die einzelnen Folgen „Arbeit und Produktion“, „Arbeit und Lohn“, „Arbeit und Organisation“ sowie „Arbeit und Mitbestimmung“ wenden sich an Schüler des neunten und zehnten Schuljahres.

## Wissenschaftsläden in den Niederlanden

Zu dem Thema „Wissenschaftsläden in den Niederlanden“ veranstaltete das Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung (ZWW), die Hans-Böckler-Stiftung des DGB und die Kooperationsstelle Oldenburg am 18. Oktober 1983 in der Universität Oldenburg eine Informations- und Diskusstagung. Referenten aus Amsterdam und Groningen (Wissenschaftsläden und Gewerkschaften) werden vor allem die Struktur des Wissenschaftsläden, die Einbindung in die Universität, die gewerkschaftlichen Anforderungen an Wissenschaftsläden und die Erfahrungen der Gewerkschaften in der Zusammenarbeit mit Universitäten erläutern. Interessenten können sich beim DGB, Tel.: 0441/25222 anmelden.

## „Nicht unbedingt der richtige Weg“

In einer Erklärung haben die beiden Germanisten Professor Dr. Wilfried Stöltzing und Dr. Michael Fritsche zu dem in uni-info (7/83) veröffentlichten Entscheidung des Präsidenten Stellung genommen, wonach eine formalisierte Zusammenarbeit mit der zwischen der Universität Oldenburg und der Hacettepe-Universität (Ankara) zur Zeit nicht in Frage komme.

Fritsche und Stöltzing stellten dazu fest, daß das Akademische Auslandamt der Universität über den jeweiligen Stand ihrer Gespräche mit Wissenschaftlern der Hacettepe-Universität unterrichtet worden sei. Die Entscheidung des Präsidenten gegen eine Kooperation sei nach einer Debatte im Konzil gefallen. Sie selbst seien erst durch das uni-info davon informiert worden.

Die beiden Wissenschaftler vertraten die Ansicht, die Beziehungen zu Kollegen der Hacettepe-Universität lägen nicht nur im Interesse der Studenten und der Forschung im Studiengang Ausländerpädagogik, sondern auch der Kooperationspartner in Ankara selbst. Es sei nicht unbedingt der richtige Weg, Kommunikation mit Wissenschaftlern, die unter einer Diktatur lehren und forschen müßten, in Form kooperativer Beziehungen nicht zuzulassen. Für diese Wissenschaftler sei es häufiger der einzige Weg, die für sie notwendigen internationalen Kontakte zu halten und sich damit einen weiteren Blickwinkel zu verschaffen, als ihn eine diktatorisch regierte Gesellschaft ermöglichen und zulasse.

Demgegenüber hat der Ökonom Professor Dr. Schapour Ravasani er-

klärt, daß eine solche Zusammenarbeit der Militärdiktatur helfe, die desolante Lage der Kollegen und Studenten in den türkischen Universitäten zu verschleiern. Es sei bekannt, daß die Militärs die Gleichschaltung der türkischen Universitäten vollzogen hätten und daß von Freiheit in Forschung und Lehre nicht mehr die Rede sein könne.

Fritsche und Stöltzing wandten sich in diesem Zusammenhang gegen die emotionalisierte und von Einzelinteressen bestimmte Diskussion. Es sei wünschenswert, daß das Thema mit dem Maß an Rationalität diskutiert werde, das von einer Universitätsöffentlichkeit erwartet werden könne. Es reiche nicht aus, die Diskussion mit ein paar politischen Parolen zu führen.



## BAUSPAREN ZWINGT NICHT ZUM BAUEN.

Mit einem Bausparvertrag kann man auch kaufen, instandsetzen, an- und umbauen, renovieren, modernisieren, Darlehen ablösen, Miterben auszahlen und vieles mehr - unabhängig von den Kapitalmarktzinsen.

Und nach zehn Jahren können Sie mit Ihrem Geld ganz einfach machen, was Sie wollen. Sie bekommen es inklusive aller Zinsen und Zuschüsse zurück. Mehr über Bausparen erfahren Sie von Ihrem BHW-Berater. Rufen Sie ihn an. Das BHW steht in jedem örtlichen Telefonbuch.

**BHW**  
Bausparkasse  
für den öffentlichen Dienst

Und für alle, die nicht im öffentlichen Dienst arbeiten, gibt es jetzt die AHW-Bausparkasse, eine Schwergewichtsbank des BHW. Beratungsstelle: 2900 Oldenburg, Bahnhofplatz 4, Fernruf (04 41) 2 58 88/9 BHW-Berater Hannes Wesemann, Eutiner Str. 16, 2903 Bad Zwischenahn, Fernruf (0 44 03) 55 74.

**Veranstaltungszeit**

**im Sommersemester 84**

Ungewöhnlich spät beginnt und endet das Sommersemester 1984. Der Senat orientierte sich bei der Terminfestlegung an einem Vorschlag der Landeshochschulkonferenz. Die Termine des Sommersemesters: Orientierungswoche: 24. bis 27. April. Veranstaltungsbeginn: 30. April. Veranstaltungsende: 20. Juli.

**Segeln zum Kennenlernen**

Der Universitätssegelclub Oldenburg (USCO) endet nach den Sommerferien und in den Semesterferien einen Segelkurs für Interessierte an, der ohne Prüfungsstreß endet. Vorgesehen sind sechs Stunden theoretischer Unterricht an drei Abenden und sechs Stunden Segeljollenpraxis am Bornhorster See. Der Informationsabend beginnt am 4. August um 19.30 Uhr im H-Trakt, Raum 6. Die Kosten betragen 80 Mark.

**Proseminar in den Semesterferien**

Das Proseminar „Sprache und Grammatik“ von Hans-Werner Gottschalk findet in den Semesterferien vom 26. bis 29. September jeweils von 9.30 bis 12.30 Uhr und von 14.30 bis 17.30 Uhr als Blockseminar statt. Eine Vorbesprechung ist am 12. September, 16.00 Uhr, VG 509, eine organisatorische Vorbesprechung am 23. Juni, 16.00 Uhr, M-137 (AStA). Zum Seminarinhalt hängt eine Ankündigung an VG 511.

**SHB wählte neuen Landesvorstand**

Der Sozialistische Hochschulbund (SHB) wählte in der Delegiertenkonferenz des Landesverbandes Niedersachsen, die in der Universität Oldenburg abgehalten wurde, einen neuen Landesvorstand. Landesvorsitzender wurde Burghard Zirpins, Emden. Dem Landesvorstand gehören ferner Dieter Bonitz, AStA-Vorsitzender an der Universität Oldenburg, Margit Oster, Vechta, und Holger Fiß, Emden, an. Die 30 Delegierten aus den acht niedersächsischen SHB-Gruppen berieten über die Hochschulpolitik der Bundes- und Landesregierung sowie über mögliche Gegenmaßnahmen.

**Strauchdiebe**

Ziersträucher, blühende Johannisbeerbüsche und Forsythien, Büsche, Bodendecker und zahlreiche Feldsteine in allen Größen wurden von den Beten zwischen den Gebäuden der Universität, insbesondere beim Verfügungsgebäude, beim D-Trakt und beim G-Trakt, entwendet. Wie Gärtner Ernanno Bernabei feststellte, müssen die Diebe vornehmlich am Wochenende aktiv geworden sein, wobei sie vermutlich sogar ein Fahrzeug eingesetzt hatten, um die Pflanzen und Steine abtransportieren zu können.

**8. ATEE-Konferenz in Dänemark**

Vom 5. bis 9. September findet in der dänischen Stadt Aalborg die 8. Konferenz der Association for Teacher Education in Europe (ATEE) statt. Tagungsthema: „Schulleben heute - Die erzieherische Verantwortung der Schule und die soziale Kompetenz des Lehrers“. Interessenten wenden sich an Dr. Klaus Winter oder Prof. Dr. F.W. Busch (beide Fachbereich 1).

**Ausschreibung für eine halbe Stelle**

Im Rahmen eines Forschungsauftrages des Umweltbundesamtes suchen wir einen wissenschaftlichen Mitarbeiter oder eine wissenschaftliche Mitarbeiterin für eine halbe Stelle BAT IIa vom 1. August 1983 bis 31. Juli 1985. Schriftliche Anfragen, welche beim Deutschen Arbeitsring für Lärmbekämpfung eingehen, sollen systematisch analysiert werden. Die Bewerbungsfrist endet am 1. Juli 1983. Bewerbungen sind an Professor Dr. Uwe Laucken, FB 5, zu richten.

**Telefondienst nur bis 18.00 Uhr**

Für die Zeit der Sommerferien, vom 20. Juni bis 29. Juli, wird die Telefonzentrale nur bis 18.00 Uhr besetzt sein. Außerhalb dieser Arbeitszeit werden nach Angaben der Organisationsabteilung kaum Gespräche vermittelt oder Auskünfte erbeten, so daß mit dieser Einschränkung des Telefondienstes die Urlaubswünsche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigt werden können.

**Gremienterminplan für das WS 83/84**

- 5.10.83 HPK
  - 12.10.83 Senatskommissionen
  - 19.10.83 Senat
  - 26.10.83 ZSK/FBR
  - 2.11.83 HPK
  - 9.11.83 Senatskommissionen/Konzil
  - 16.11.83 -----
  - 23.11.83 Senat
  - 30.11.83 ZSK/FBR
  - 7.12.83 HPK
  - 14.12.83 Senatskommissionen
  - 21.12.83 Senat
  - 28.12.83 -----
  - 4.01.84 -----
  - 11.01.84 ZSK/FBR
  - 18.01.84 HPK
  - 25.01.84 Senatskommissionen
  - 1.02.84 Senat
  - 8.02.84 ZSK/FBR
  - 15.02.84 HPK
  - 22.02.84 Senatskommissionen
  - 29.02.84 Senat
  - 7.03.84 ZSK/FBR
  - 14.03.84 HPK
  - 21.03.84 Senatskommissionen
  - 28.03.84 Senat
- Die Termine liegen alle am Mittwoch, in der Regel beginnen die Sitzungen der zentralen Gremien am Vormittag um 9.00 Uhr. HPK = Haushalts- und Planungskommission, ZSK = Zentrale Studienkommission, FBR = Fachbereichsräte

**Neue Amtliche Mitteilungen**

Die Amtlichen Mitteilungen der Universität, Nummer 3/83, sind erschienen. Die Ausgabe beschäftigt sich unter anderem mit dem Beschäftigungsverhältnis von „Lehrkräften für besondere Aufgaben“, mit der „Zuständigkeit für die Zulassung zu Wiederholungsprüfungen“, mit der Anerkennung von Dienstreisen zu Fachkongressen ins Ausland als Werbungskosten, der „Übernahme ins Professorenverhältnis“, mit Sachschäden an dienstlich benutzten Privatwagen und unter dem Stichwort „Wissenschaftsfreiheit“ mit der Zusammensetzung von Kollegialorganen. Interessenten können die Amtlichen Mitteilungen im Dezernat 1.1 bei Frau Witte, Tel.: 6016, bestellen.

**Fundsache**

„Universität Oldenburg, Abt. Geschäftsreise, Postfach 2503, 2900 Oldenburg“. Anschrift auf einer Zeitschrift des Deutschen Verkehrs-Verlages an die Universität.

**Personalien • Personalien**

**Professor Dr. Friedrich W. Busch**, Erziehungswissenschaftler im Fachbereich 1 und Präsident der Vereinigung für Lehrerbildung in Europa (ATEE), hat in Toulouse (Frankreich) mit Vertretern der dortigen Bildungsverwaltung Gespräche über Chancen und Möglichkeiten von Privatschulen geführt.

**Professor Dr. Karl-Heinz Naßmacher**, Politikwissenschaftler im Fachbereich 3, wird auf einer vom Deutschen Institut für Urbanistik mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände durchgeführten Arbeitstagung für kommunale Mandatsträger aus Großstädten über „Politische Führung in Großstädten: Probleme und Perspektiven“ referieren.

**Professor Dr. Hans Kaminski**, Fachbereich 4 „Wirtschaftswissenschaften“, hielt vor dem Arbeitskreis Schule - Wirtschaft in Wilhelmshaven ein Referat mit dem Titel „Das Fach Arbeit/Wirtschaft in Niedersachsen - Probleme und Perspektiven aus der Sicht des Studienganges Arbeit/Wirtschaft an der Universität Oldenburg“.

**Professor Dr. Heike Rautenhaus**, Anglistin im Fachbereich 2, wird Ende August dieses Jahres zu einem einjährigen Lehraufhalt an der Sam Houston State University Huntsville (Texas) in die USA reisen.

**Einstellung als wissenschaftliche Mitarbeiter:**

**Johanna Carolina Broeder**, Lektorin für Niederländisch im Fachbereich 2 „Kommunikation/Ästhetik“.

**Peter Heiligenpahl**, Forschungsvorhaben von Professor Dr. Naßmacher, FB 3

**Jürgen Lange**, wissenschaftlicher Angestellter im BIS

**Hansjörg Schmidt**, Forschungsvorhaben von Prof. Dr. Naßmacher, FB 3

**Karl-Ernst Went** im BIS

**Einstellungen im Dienstleistungsbereich**

**Petra Balzer-Schellnhuber**, Verwaltungsangestellte in der ZETWA

**Franz.-B. Bauer**, Angestellter in der Psychosozialen Beratungsstelle

**Bettina Beil**, Angestellte im Schreibdienst der Personalabteilung

**Dietlind Lemm**, Angestellte im ZWW

**Barbara Liefänder**, Angestellte in der ZETWA

**Helmut Stojek**, Angestellter in der ZETWA

**Brigitte Thoms**, Chemotechnikerin in der ZETWA

**Aus dem Dienst der Universität ausgeschieden ist:**

**Susan Irwin**, Bibliotheksangestellte

**Irmgard Strecker †**

Wir trauern um Irmgard Strecker. Sie war in einer schwierigen Zeit zu uns gekommen. Wiederaufbau nach dem Brand und Umstrukturierung der Fachbereiche bestimmten das Bild. Manches lief ganz und gar nicht seinen gewohnten Gang. Irmgard Strecker hat sich nicht nur eingefügt in diesen Betrieb, sie hat es mit ihrer großen Erfahrung im Umgang mit Menschen sehr rasch erreicht, ein ruhender Pol zu sein, auch wenn es um sie manchmal drunter und drüber ging. Sie war eben Kollegin im besten Sinn - mit Zivilcourage und Herzensbildung. Ihr Tod hat uns sehr betroffen. Mancher von uns hat von einer Freundin Abschied nehmen müssen. Wir werden Irmgard Strecker nicht vergessen. Für die Kollegen der Außenstelle Bloherfelder Straße 2

Dieter Schuller

**Spedition Möbeltransport International DEUS**  
 TEL. (04 41) 2006-0

**Bücher für Studium und Beruf**  
 collectiv-Buchhandlung  
 Donnerstschwerstraße 12  
 Telefon (04 41) 8 74 49  
 2900 Oldenburg

**Kopien**  
 Vergrößerungen  
 Verkleinerungen  
 Folienkopien  
 Einbinden

**Schnelldruck**  
 ab Auflagen von  
 20 Stück pro Vorlage  
 und vieles mehr  
 beim

**KOPIERDIENST**  
 Ammerländer Heerstraße 88  
 29 Oldenburg · Tel. 7 63 74

**BIRKENSTOCK®**

wenn auch Ihre Füße fit bleiben sollen.

Wir bieten Ihnen eine große BIRKENSTOCK-Auswahl

**EGGERS**  
 Naturformschuhe

Baumgartenstr. 8  
 Oldenburg  
 Tel. 1 30 07

**Anna Thye**  
 Buchhandlung  
 Inh. Gottfried Sieler  
 Gegr. 1. 9. 1800

29 OLDENBURG  
 Schloßplatz 21/22  
 Postfach 4780  
 Ruf (04 41) 2 52 88

**HOTES**  
 Möbeltransporte seit 1888  
 prompte, fachmännische Abwicklung  
 Uferstraße 74 2900 Oldenburg  
 Telefon (04 41) 2 64 44

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium

In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl

**B&G**  
 1871 1971  
 BUCHHANDLUNG  
 BÜLTMANN & GERRIETS  
 Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01  
 Postfach 1 41

**ÖBS Öffentliche Bausparkasse** **ÖBS Immobilien GmbH**

Die heimische Bausparkasse der Sparkassen und der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg

Landessparkassen Immobiliendienst

Geht es um Bauspar-, Finanzierungs- und Immobilienfragen ist die ÖBS der richtige Partner  
 Telefon: 04 41/23 71 oder 2 58 21